

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Anfrage	Drucksachennummer 200/2026
1.1 Amt für Zentrale Dienste, Personal und Organisation	öffentlich	☒	
Suchan, Waldemar Theophil	nicht öffentlich	☐	

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Haupt- und Finanzausschuss	3.1	16.06.2026

Anfrage der AfD-Fraktion vom 10.05.2026
hier: Personalsituation

Finanzielle Auswirkungen

Kosten

Produkt

Haushaltsjahr

Folgekosten

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☐ ja ☐ nein

Deckungsvorschlag

Fördermittel:

Anmerkung der Stadtkämmerin:

Personelle Auswirkungen:

☐ Pflichtaufgabe ohne Gestaltungsspielraum (= A-Leistung)

☐ Pflichtaufgabe mit Gestaltungsspielraum (= B-Leistung)

☐ Freiwillige Aufgabe (= C-Leistung)

Klima / Umweltrelevanz

Verwaltungserläuterung:

In Bezug auf die Anfrage zur Bekanntgabe des durchschnittlichen Krankenstands der Verwaltungsbeschäftigten in den letzten beiden Jahren wird auf die jährlichen Informationsvorlagen zur detaillierten Krankentagestatistik im Ausschuss für Verwaltung, Digitalisierung und Ordnung (Drucksachennummer 049/2025 sowie 044/2026) verwiesen. Von Januar bis April 2026 lag die krankheits- und unfallbedingte Ausfallquote bei 12,38 %.

Im Hinblick auf das beabsichtigte freiwillige Haushaltssicherungskonzept halten wir es für erforderlich, die bereits bestehenden Maßnahmen zur Personalbindung, Gesundheitsförderung und Arbeitsfähigkeit systematisch zu bündeln und innerbetrieblich weiterzuentwickeln und den Personalpool als strategisches Werkzeug zu nutzen. Dazu gehört insbesondere ein strukturiertes Gesundheitsmanagement, das Prävention, Arbeitsfähigkeit und Rückkehr in den Dienst stärker in den Blick nimmt.

Zum 01.07.2026 nimmt die neue Gesundheitsmanagerin ihren Dienst auf. Damit wird die Verwaltung erstmals über eine zentrale Ansprech- und Koordinierungsstelle für betriebliche Gesundheitsförderung verfügen, um geeignete Maßnahmen zu entwickeln, zu priorisieren und mit Blick auf die Belastungssituation in den Organisationseinheiten umzusetzen. Erste Konzeptideen sollten bis zur 3. Sitzung des Ausschusses für Verwaltung, Digitalisierung und Ordnung im November 2026 vorgelegt werden können.

Aus heutiger Sicht sind insbesondere folgende Maßnahmen sinnvoll und erforderlich:

- Analyse von Fehlzeiten und Belastungsschwerpunkten nach Organisationseinheiten
- Ausbau eines systematischen Gesundheitsmanagements mit Präventionsangeboten
- Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements und der Wiedereingliederung
- Führungskräfte-Sensibilisierung für frühe Reaktionsmöglichkeiten bei Überlastungssituationen
- Regelmäßige Auswertung der Krankenstandsquote und Ableitung konkreter Maßnahmen

Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern, die Beschäftigten zu entlasten und krankheitsbedingte Ausfälle soweit möglich zu reduzieren. Dies ist auch vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage ein wichtiger Baustein für eine verlässliche und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung.

Gez. Bär